

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Regierungsspitzen der 27 EU-Mitgliedsstaaten haben sich auf einem Gipfeltreffen in Brüssel mit der EU-Kommission auf ein neues, umfassendes Sanktionspaket gegen Russland geeinigt. Kurz zuvor hatten die USA und – in der Vorwoche – auch Großbritannien neue Sanktionen gegen russische Ölkonzerne veröffentlicht. Damit erhöhen die Länder des Westens fast synchron den Druck auf die russische Regierung, sich endlich zu einem Waffenstillstand im Angriffskrieg gegen die Ukraine bereitzuerklären und darüber hinaus in ernsthafte Verhandlungen zur Beendigung des Krieges einzutreten.

Insbesondere die US-Sanktionen – die ersten in der Amtszeit von Präsident Donald Trump – kamen für viele Beobachter überraschend. Sie betreffen zwei russische Ölkonzerne, die unter anderem auch in Deutschland aktiv sind, sodass Ausnahmeregelungen geprüft werden müssen. Noch vor wenigen Tagen hatte es so ausgesehen, als käme ein weiteres Gipfeltreffen Trumps mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Budapest zustande. Doch offenbar fielen die russischen Vorbedingungen derart unannehmbar aus, dass die USA das Treffen absagten und neue Sanktionen einführten.

Das 19. Sanktionspaket der EU wurde hingegen seit Monaten vorbereitet. Es ist erneut sehr umfassend ausgefallen und betrifft Sanktionen im Energie- und Finanzsektor sowie neue Beschränkungen für Waren- und Dienstleistungsexporte. Auch gegen Belarus wurden neue Sanktionen eingeführt. Keinen Durchbruch gab es in der Frage der Nutzung eingefrorener russischer Zentralbankgelder. Die Details können Sie diesem Update entnehmen.

Sollten Sie Hinweise zu möglichen Umsetzungsproblemen haben, halten Sie den Ost-Ausschuss dazu gerne auf dem Laufenden, damit wir Ihre Fragen in unseren Gesprächen mit der Bundesregierung und Experten adressieren können.

Ihre Redaktion

OA-Update 2025/10
Stand: 24. Oktober

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Osthandel bleibt robust – Russland rutscht weiter ab

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat für die 29 Länder seiner Region die Handelszahlen von Januar bis August berechnet. Der deutsche Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien zeigt sich demnach weiterhin widerstandsfähig. In den ersten acht Monaten stieg der Handel mit den 29 Ländern der Region um 2,5 Prozent auf knapp 364 Milliarden Euro. Die deutschen Ausfuhren stiegen dabei um zwei Prozent auf 191 Milliarden Euro. Der Handel mit der Ukraine wuchs im genannten Zeitraum um über elf Prozent auf acht Milliarden Euro, wobei die deutschen Exporte in die Ukraine um über 20 Prozent auf sechs Milliarden Euro stiegen, die deutschen Importe aus der Ukraine aber um zwölf Prozent auf zwei Milliarden Euro sanken.

Insbesondere die mittel- und südosteuropäischen EU-Mitglieder sind wichtige Stützen der deutschen Exportwirtschaft. Dabei gibt Polen den Takt vor. Die deutschen Lieferungen dorthin waren zwischen Januar und August 2025 um 3,3 Milliarden Euro höher als im gleichen Vorjahreszeitraum (+5,2 Prozent). Polen baute damit seinen Vorsprung als viertwichtigster Absatzmarkt vor China auf fast elf Milliarden Euro aus. Spürbare Exportzuwächse gab es daneben auch auf anderen EU-Märkten wie Tschechien, Slowenien und Kroatien.

Weiter stark rückläufig waren in den ersten acht Monaten des Jahres 2025 die deutschen Ausfuhren nach Russland und insbesondere nach Belarus, die um 70 Prozent einbrachen. Auf der deutschen Importseite stechen ebenfalls Polen und Tschechien – wichtige Zulieferstandorte der deutschen Industrie – mit zusätzlichen Einfuhren in Höhe von 4,6 Milliarden Euro hervor. Dagegen verzeichneten die deutschen Bezüge aus Kasachstan, Russland und Bulgarien starke Einbußen. Insgesamt stiegen die deutschen Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa zwischen Januar und August 2025 im Vorjahresvergleich um 3,1 Prozent auf 173 Milliarden Euro.

Die aktuellen Tabellen finden Sie hier:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Ölsanktionen - Ausnahmen für deutsche Raffinerien nötig

Nachdem sowohl Großbritannien als auch die USA mit Sanktionen gegen den russischen Ölkonzern Rosneft vorgehen, stellt sich aktuell die Frage, inwieweit von der Maßnahme auch die deutsche Rosneft-Tochter und deren Anlagen betroffen sein könnten. Rosneft Deutschland hält insgesamt Anteile an drei deutschen Raffinerien, darunter an PCK in Schwedt/Oder. Rosneft Deutschland steht aber seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine 2022 unter Treuhandverwaltung. Der Bund hat diese gerade erst wieder verlängert. Laut Deutschlandfunk geht Bundeskanzler Friedrich Merz davon aus, dass die US-Amerikaner für Rosneft Deutschland Ausnahmeregelungen vorsehen. Tatsächlich enthält die neue Sanktionsliste des amerikanischen Office of Foreign Assets Control zwar Dutzende von Rosneft-Tochterunternehmen. Rosneft Deutschland ist aber nicht gelistet. (siehe auch Kapitel USA). Dennoch werden Banken Geschäfte mit Rosneft-Beteiligung nur noch mit spitzen Fingern anfassen, aus Angst vor US-Maßnahmen.

Laut einem Sprecher von Rosneft Deutschland prüfe man derzeit, welche Auswirkungen die Sanktionen auf das eigene Geschäft haben. Dies berichtete am 23. Oktober die Märkische Allgemeine. Eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums sprach demnach von einem „engen Austausch“ mit den zuständigen Stellen in Washington. Das Ministerium gehe davon aus, dass sich die Maßnahmen nicht gegen die deutsche Rosneft-Tochter richten sollen. In jedem Fall entsprächen sie aber „den Zielen, die auch Deutschland und die EU verfolgen“, so die Sprecherin.

Der deutsche Anwalt des russischen Rosneft-Konzerns teilte mit: „Schwedt und Rosneft Deutschland sind in Sicherheit.“ Mögliche Komplikationen seien handhabbar. Sollte es zudem einen Käufer für das Unternehmen geben, werde man die nötige Ausnahme dafür in den USA beantragen können, erklärte der Anwalt der Märkischen Allgemeinen. Rosneft versucht nach eigenen Angaben seine deutsche Tochter zu verkaufen. Bislang erfolglos.

Bereits in der vergangenen Woche hatte Großbritannien Sanktionen gegen Rosneft erlassen. Das britische Finanzministerium teilte dazu mit, mittlerweile sei Rosneft Deutschland von seinen Sanktionen ausgenommen. Durch die Ausnahme können in Großbritannien registrierte Unternehmen wie der Energiekonzern Shell weiter Geschäfte mit Rosneft Deutschland betreiben. Shell hält ebenfalls Anteile an PCK, will diese aber verkaufen.

[Russland-Sanktionen: USA und Briten gehen gegen Rosneft vor – wichtige Ausnahme für PCK-Raffinerie](#)

[Treasury Sanctions Major Russian Oil Companies, Calls on Moscow to Immediately Agree to Ceasefire | U.S. Department of the Treasury](#)

[US-Strafmaßnahmen gegen Russland - Merz: US-Sanktionen betreffen Rosneft-Deutschland nicht](#)

3. Europäische Union

19. Sanktionspaket gegen Russland – die Details

Die EU-Staaten haben sich am 23. Oktober auf verschärfte Sanktionen gegen Russland verständigt. Das Paket richtet sich gegen Schlüsselsektoren wie Energie, Finanzen, die militärische Industriebasis, Sonderwirtschaftszonen sowie auch ausländische Profiteure des Angriffskriegs. Das 19. Sanktionspaket enthält unter anderem ein vollständiges Importverbot von Flüssigerdgas ab dem Jahr 2027, ein Jahr früher als ursprünglich geplant. Zudem sind weitere Strafmaßnahmen im Finanzsektor und Handelsbereich sowie Einschränkungen der Bewegungsfreiheit russischer Diplomaten innerhalb der EU vorgesehen.

Kaja Kallas, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, sagte zu dem neuen Paket: „Es richtet sich unter anderem gegen russische Energieunternehmen, Banken, Kryptobörsen und Unternehmen in China. Die EU reguliert auch die Bewegungen russischer Diplomaten, um Destabilisierungsversuchen entgegenzuwirken. Für Putin wird es immer schwieriger, seinen Krieg zu finanzieren. Jeder Euro, den wir Russland vorenthalten, ist ein Euro, den es nicht für den Krieg ausgeben kann. Das 19. Paket wird nicht das letzte sein.“ Dan Jørgensen, EU-Kommissar für Energie und Wohnungswesen, sagte: „Dies ist ein beispielloser Schritt, den die EU in Einheit und voller Solidarität mit der Ukraine unternimmt. Es wird Putins Kriegsmaschinerie einen schweren Schlag versetzen und die Friedensbemühungen für Kiew fortsetzen. Europa muss seine Energieunabhängigkeit wiedererlangen. Die Ukraine muss sich durchsetzen.“

Die Maßnahmen in der Übersicht:

Energie

- Verbot der Einfuhr von russischem Flüssigerdgas (LNG) ab dem 1. Januar 2027 für langfristige Verträge und innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Sanktionen für kurzfristige Verträge.
- Vollständiges Transaktionsverbot für die russischen Energiekonzerne Rosneft und Gazprom Neft: Mit den neuen Maßnahmen wird die Ausnahme für die Öl- und Gaseinfuhren von Rosneft und Gazprom Neft in die EU aufgehoben. Die Einfuhr von Öl aus Drittländern wie Kasachstan und der Transport von Öl, das der Ölpreisobergrenze entspricht, in Drittländer sind ausgenommen.
- Die EU ergreift auch Maßnahmen gegen Unternehmen in Drittländern, die bedeutende Käufer von russischem Öl sind. Dies beinhaltet die Sanktionierung zweier chinesischer Raffinerien und eines chinesischen Ölhandlers.
- Einfuhrverbot für flüssiges Petroleumgas (LPG): Mit dieser Maßnahme wird gegen die Umgehung bestehender LPG-Beschränkungen vorgegangen.

- 117 zusätzliche Schiffslistungen. Insgesamt sind damit bereits 557 Schiffe der russischen Schattenflotte von der EU gelistet. Sie unterliegen einem Hafenzugangsverbot und einem Verbot des Empfangs von Diensten. Die EU wendet sich weiterhin an Flaggenstaaten, um sicherzustellen, dass Schiffsregister es diesen Tankschiffen nicht erlauben, unter ihrer Flagge zu fahren.
- Listung eines Mischkonzerns aus der russischen Republik Tatarstan, der im russischen Ölsektor tätig ist.
- Listung des größten Containerhafenbetreiber im russischen Fernen Osten und führender Schiffbauer für Sovcomflot.
- Über die gesamte Wertschöpfungskette der Schattenflotte hinweg werden zusätzliche Sanktionen gegen Unternehmen verhängt, unter anderem gegen die mit Lukoil verbundene Litasco Middle East DMCC mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten, sowie gegen Seeregister, die Schattenfrottenschiffen falsche Flaggen verleihen. Darüber hinaus werden zwei Ölhandelsunternehmen in Hongkong und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) in den Anwendungsbereich des Transaktionsverbots aufgenommen.
- Ausweitung des Nutzungsverbots von Hafeninfrastruktur: Auf diese Weise kann die EU Häfen in Drittländern listen, die für die russischen Kriegsanstrengungen von entscheidender Bedeutung sind.
- Die neuen Maßnahmen umfassen auch zusätzliche Verbote für energiebezogene Dienstleistungen wie wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (z. B. geologische Prospektion und Kartierung).

Finanzen

- Bankwesen: Das Transaktionsverbot wird auf fünf weitere börsennotierte Banken in Russland ausgeweitet. Namentlich sind dies die Alfa-Bank, MTS Bank, Absolut Bank, Zemsky Bank und NPO Istina.
- Die Europäische Union hat das Verbot der Nutzung von Finanznachrichtensystemen auf die Dienste des National Payment Card System (NPCS), das die Mir-Bankkarte betreibt, und des Faster Payments System (FPS) ausgeweitet. Der Beschluss erweitert mit Wirkung vom 25. Januar 2026 das Verbot von Transaktionen durch Organisationen und Institutionen, die mit dem Finanznachrichtensystem der Zentralbank der Russischen Föderation oder ähnlichen spezialisierten Finanznachrichtendiensten der Zentralbank der Russischen Föderation verbunden sind, auf andere Zahlungsdienste, wie das nationale Zahlungskartensystem (Mir) oder das Faster Payments System, das von der Zentralbank der Russischen Föderation oder anderen russischen Organisationen eingerichtet wurde. Die russischen Zahlungskarten- und Schnellzahlungssystems Mir und SBP werden verboten. In den Sanktionsmaßnahmen sind auch Finanzinstitute in Belarus und Kasachstan aufgeführt, die das russische Zahlungssystem (SPFS) nutzen. Dies betrifft die belarussische Alfa-Bank, Sberbank, VTB, Belgazprombank, BelVEB sowie die

Tochtergesellschaft der VTB in Kasachstan und die Niederlassung der VTB in Shanghai.

- Kryptowährungen und Börsen: Die EU verhängt Sanktionen gegen den Entwickler einer weit verbreiteten Rubel-gestützten Stablecoin A7A5, den kirgisischen Emittenten dieser Münze und eine damit verbundene große Handelsplattform. Zum ersten Mal verbieten die neuen Maßnahmen auch die Verwendung dieser Kryptowährung.
- Darüber hinaus zielen die Sanktionen direkt auf eine Kryptowährungsbörse in Paraguay ab, die eine Schlüsselrolle bei der Umgehung bestehender Beschränkungen gespielt hat. Durch die Bekämpfung der Verwendung von Stablecoins und Offshore-Börsen will die EU Schlupflöcher schließen und die Integrität ihres Rahmens für finanzielle Sanktionen stärken.
- Kryptodienste: Den EU-Betreibern ist es untersagt, Kryptodienste und bestimmte Fintech-Dienste anzubieten, die es Russland ermöglichen, seine eigene Finanzinfrastruktur zu entwickeln und möglicherweise Sanktionen zu umgehen.
- 13 Banken (fünf aus Russland und acht weitere aus Tadschikistan, Kirgisistan, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Hongkong) sind im Rahmen von Maßnahmen zur Umgehungsbekämpfung ins Visier genommen worden. Die Banken sollen Russlands Kriegswirtschaft unterstützen und die Wirksamkeit unserer Sanktionen vereiteln. Den Wirtschaftsbeteiligten in der EU ist es untersagt, Transaktionen mit diesen Finanzbeteiligten durchzuführen.

Handel

- Das Paket erweitert die bestehenden Exportbeschränkungen und -verbote für Güter und Dienstleistungen, um den militärisch-industriellen Komplex Russlands weiter zu schwächen. Dazu Dienstleistungen aus dem Bereich Künstliche Intelligenz.
- Es gibt neue Einzelsanktionen gegen Geschäftsleute und Unternehmen, die Teil des russischen militärisch-industriellen Komplexes sind, sowie gegen Betreiber aus den VAE und China, die militärische Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland herstellen oder liefern.
- Strengere Ausfuhrbeschränkungen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck für weitere 45 Unternehmen, die den russischen Militär- und Industriekomplex unterstützen, indem sie unter anderem die Umgehung von Ausfuhrbeschränkungen für computergesteuerte (CNC) Werkzeugmaschinen, Mikroelektronik, unbemannte Luftfahrzeuge (UAV) und andere Hochtechnologiegüter ermöglichen. Von den 45 Unternehmen befinden sich 17 außerhalb Russlands (12 in China, einschließlich Hongkong, 3 in Indien und 2 in Thailand). Die drei indischen Unternehmen – Aerotrust Aviation, Ascend Aviation India und Shree Enterprises – wurden wegen der Lieferung von Ersatzteilen an russische Luftfahrtunternehmen auf die Liste gesetzt. Insgesamt stehen auf der

dazugehörigen EU-Liste damit bereits 816 Unternehmen.

- Ausweitung des bestehenden Ausfuhrverbots auf elektronische Bauteile, Entfernungsmesser, zusätzliche Chemikalien, die bei der Herstellung von Treibstoffen verwendet werden, sowie zusätzliche Metalle, Oxide und Legierungen, die bei der Herstellung von Militärsystemen verwendet werden.
- Verbot des Kaufs, der Einfuhr oder der Weitergabe aller acyclischen Kohlenwasserstoffe.
- Aufnahme des größten Goldproduzenten Russlands in die Liste.
- Neue Ausfuhrverbote für Waren wie Salze und Erze, Baumaterialien, Kautschukerzeugnisse wie Gummi, Schläuche, Reifen oder Mühlsteine im Wert von 155 Millionen Euro an EU-Ausfuhren zu Preisen von 2024.

Personensanktionen:

- Das neue Paket enthält 69 neue Einträge. Diese Personen und Unternehmen unterliegen nun dem Einfrieren von Vermögenswerten und dem Verbot, ihnen Gelder und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, und – im Falle von Einzelpersonen – auch Reiseverboten. Dazu gehören Oligarchen, russische Energieunternehmen, ein großes russisches Unternehmen, das an der Goldproduktion beteiligt ist, ein russisches Unternehmen, das die Schattenflotte verwaltet. Die EU sanktionierte auch Nikita Anisimov, Rektor der Moskauer Hochschule für Wirtschaft, weil er ein Studienprogramm zum Thema „Wie man Sanktionen umgeht“ ins Leben gerufen hatte.
- Die EU verstärkt die Rechenschaftspflicht derjenigen, die an Entführung, erzwungener Assimilation und Indoktrination ukrainischer Kinder beteiligt sind. Daher umfassen die heutigen Listen elf weitere Personen, die an solchen Aktivitäten beteiligt sind. Zur Straffung künftiger Sanktionen gegen Personen, die für die Entführung, die erzwungene Assimilation und die militarisierte Bildung ukrainischer Minderjähriger verantwortlich sind, führt der Rat auch ein neues Aufnahmekriterium ein.

Sonstige Maßnahmen:

- Neue Maßnahmen richten sich gegen Russlands Sonderwirtschaftszonen (SWZ): Um klarzustellen, dass sich EU-Unternehmen fernhalten sollten, wird in dem Paket ein Verbot des Abschlusses neuer Verträge mit Einrichtungen verfügt, die in bestimmten russischen SWZ niedergelassen sind. Darüber hinaus werden zwei dieser SWZ – Alabuga und Technopolis Moskau – einem Verbot unterliegen, das auch für bestehende Verträge gilt.
- Im Rahmen der neuen Maßnahmen führt die EU Dienstleistungsverbote ein, die den Zugang Russlands zu fortgeschrittenen digitalen Fähigkeiten innerhalb der Union, einschließlich bestimmter weltraumgestützter Dienste und KI-Dienste,

blockieren. Parallel dazu wird das bestehende gezielte Verbot von Dienstleistungen für die russische Regierung verschärft. Eine neue Vorabgenehmigungspflicht gilt für alle nicht verbotenen Dienstleistungen für die russische Regierung und stellt sicher, dass alle diese Tätigkeiten einer strengen Kontrolle und Aufsicht unterliegen.

- Zudem gibt es ein Verbot für europäische Unternehmen, Dienstleistungen zu erbringen, die in direktem Zusammenhang mit touristischen Aktivitäten in Russland stehen.
- Verbot der Rückversicherung: Die neuen Maßnahmen verbieten Rückversicherungsdienstleistungen für Schiffe und Luftfahrzeuge der russischen Regierung oder russischer Personen für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren nach ihrem Verkauf an Drittländer.
- Russische Diplomaten: Mit den neuen Maßnahmen werden russische Diplomaten, die außerhalb ihres Akkreditierungslandes durch die EU reisen, verpflichtet, den betreffenden EU-Mitgliedstaat im Voraus zu informieren. Die EU-Mitgliedstaaten können russischen Diplomaten auf der Grundlage von Visa oder Aufenthaltstiteln, die von einem anderen Staat ausgestellt wurden, eine Genehmigungspflicht für Reisen in ihr Hoheitsgebiet auferlegen. Mit dieser Maßnahme sollen die zunehmend feindseligen Geheimdienstaktivitäten angegangen werden, die Russlands Aggression gegen die Ukraine unterstützen.
- Die EU sanktioniert elf weitere Personen, die an Entführung, erzwungener Assimilation und Indoktrination ukrainischer Kinder beteiligt sind. Zur Präzisierung künftiger Sanktionen gegen Personen, die für die Entführung, die erzwungene Assimilation und die militarisierte Bildung ukrainischer Minderjähriger verantwortlich sind, führt der Rat auch ein neues Aufnahmekriterium ein.

Belarus

- Das 19. Paket wendet bestimmte handels-, finanz- und dienstleistungsbezogene Bestimmungen auch auf Belarus an. Der Rat hat zudem fünf neue Listen im Zusammenhang mit dem militärisch-industriellen Komplex in Belarus und dem Lukaschenka-Regime beschlossen.
 - Es gibt Sanktionen gegen kryptobezogene Zahlungsdienste.
 - Das Verbot der Bereitstellung bestimmter Software, darunter für Bankwesen, Finanzen, kommerzielle weltraumgestützte Dienste, technische Tests und Analysen, KI und Quantencomputing wird ausgeweitet.
 - Neue Personensanktionen
-

EU-Dokumente zum 19. Sanktionspaket

Übersicht aller Dokumente:

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

Dort zu finden sind auf Deutsch die folgenden Dokumente:

[Verordnung \(EU\) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2025/2037 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen \(Sanktionierte Personen und Unternehmen\)](#)

Sanktionen gegen Belarus:

[Verordnung \(EU\) 2025/2041 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/2039 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Weitere Informationen der EU:

[EU verabschiedet 19. Sanktionspaket gegen Russland*](#)

[EU-Staaten beschließen 19. Sanktionspaket gegen Russland - Vertretung in Deutschland](#)

Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen stammt vom 16. Oktober 2025:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

Vermutlich werden hier in Kürze neue FAQ veröffentlicht, die das 19. Sanktionspaket betreffen:

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia - European Commission](#)

Hintergründe zur Entstehung des 19. Sanktionspaket

Nach Österreich hatten in den vergangenen Tagen auch die Slowakei und Ungarn ihre Vorbehalte gegen das neue Paket aufgegeben. „Es ist uns gelungen, alle Maßnahmen zu streichen, die unseren nationalen Interessen zuwiderlaufen würden“, sagte der ungarische Außenminister Peter Szijjártó laut Informationen von RBC Ukraine.

Die intensivsten Debatten drehten sich um die geplanten Energiesanktionen. Im vergangenen Jahr stammten knapp 19 Prozent der Gasimporte in die EU aus Russland. In diesem Jahr werden es nach Schätzungen der EU-Kommission immer noch etwa 13 Prozent sein. Laut FAZ entspricht diese Zahl einem Wert von 15 Milliarden Euro, die aus der EU nach Russland fließen und dem Land für seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine zur Verfügung stehen. Als bedeutende LNG-Kunden Russlands in der EU nannte Greenpeace in einer Untersuchung den französischen Ölkonzern Total, das bundeseigene deutsche Energieunternehmen Sefe sowie die spanische Naturgy.

Am 20. Oktober hatten sich die europäischen Energieminister darauf verständigt, dass der Abschluss neuer Verträge sowohl für Pipeline- als auch für Flüssiggas (LNG) von Januar 2026 an verboten wird. Mit diesem Angebot wird man sich nun an das Europäische Parlament wenden, das in der Sache Druck aufgebaut hat, ebenso wie die USA, die einen schnellen Ausstieg aus Lieferungen von Energie aus Russland gefordert hatten. Das Verbot ist ein zentraler Bestandteil des sogenannten REPower EU-Plans, mit dem die EU ihre Abhängigkeit von russischer Energie beenden will.

Rund ein Drittel des von den EU-Ländern bezogenen russischen Gases soll über kurzfristige Verträge fließen, die einfacher kündbar sind. Vor dem 17. Juni 2025 abgeschlossene Verträge mit russischen Lieferanten sollen nach dem Willen des Ministerrats bis Mitte Juni 2026 auslaufen, langfristige Verträge spätestens zum 1. Januar 2028 beendet werden. Das gleiche gilt für kurzfristige Lieferungen über Pipelines, die ihrerseits an langfristige Verträge geknüpft sind und an Länder gehen, die keinen Zugang zu Wasser und Häfen haben. Insbesondere Ungarn und die Slowakei könnten damit in den kommenden zwei Jahren weiter große Mengen Gas aus Russland importieren. Das Gesetz sieht eine Notfallklausel vor. Sollte „plötzlich“ die „Energieversorgung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ernsthaft gefährdet“ sein, kann die EU-Kommission das Importverbot kurzfristig aussetzen.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hatte vor den Beratungen in Luxemburg laut FAZ deutlich gemacht, dass Deutschland bereits kein Öl und Gas mehr aus Russland bezieht. Der verstaatliche deutsche Energiekonzern Sefe, ehemals Gazprom Germania, importiert demnach zwar weiterhin Flüssiggas aus Russland, das aber nicht in Deutschland verwendet wird. Auf die deutschen Verbraucher hätten die EU-Ausstiegspläne keine Auswirkungen, betonte Reiche in Luxemburg. Aktuell seien die Märkte für Flüssiggas (LNG) seien sehr liquide. Die Energieminister verpflichteten sich nun dazu, „Diversifizierungspläne“ vorzulegen.

Ungarn und die Slowakei, die über die Turkstream-Pipeline weiter Gas aus Russland beziehen und sich heftig gegen ein Ende der russischen Lieferungen gewehrt hatten, gelang es, mit Verweis auf ihre fehlenden Häfen die Ausnahmeregelungen zu verhandeln.

Finanzielle Hilfen lehnten die Mitgliedstaaten, die anders als bei der Verabschiedung von Sanktionen nur eine qualifizierte Mehrheit zur Entscheidungsfindung benötigten, aber ab.

Mit den neuen Beschlüssen werden auch Diskussionen über eine Reparatur und Reaktivierung der beschädigten Nord-Stream-Pipelines von Russland nach Deutschland überflüssig. Energiekonzerne, die noch langfristige Lieferverträge mit russischen Exporteuren haben, sollen sich auf höhere Gewalt berufen können, sobald das geplante Verbot greift. So könnten sie gegenüber russischen Lieferanten argumentieren: Man habe als Importeur keinen Einfluss darauf, was EU-Instanzen beschließen.

Doch vertrauliche Korrespondenzen, die dem SPIEGEL vorliegen, zeigen: Der Weg zu einer Einigung war für EU-Beamte, Diplomaten und Abgeordnete bislang kompliziert. Eine Einigung mit dem EU-Parlament im sogenannten Trilogverfahren soll nach dem Willen der dänischen Ratspräsidentschaft bis Ende des Jahres stehen. Sowohl der Energie- als auch der Handelsausschuss des Europäischen Parlaments hatten mit großer Mehrheit für einen endgültigen Ausstieg schon 2027 plädiert, ein Jahr früher als von Kommission und Ministerrat vorgeschlagen.

Bei Verstößen sollen Strafen von mindestens fünf Prozent des globalen Jahresumsatzes der importierenden Unternehmen fällig werden.

Öl bleibt Streitpunkt

Russisches Öl, das weiterhin nach Slowakei und Ungarn fließt, ist in dem Vorschlag der Kommission nicht ausdrücklich verboten. Stattdessen werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Ausstiegssstrategien zu entwickeln, um die Importe bis Ende 2027 zu beenden. Diese Position dürfte die Mitgliedstaaten auf Konfrontationskurs mit dem Europäischen Parlament bringen, wie Euractiv vermutet. Eine Mehrheit der EU-Abgeordneten hatte einen vollständigen Importstopp für Öl und Derivaten ab Januar 2026 gefordert. Hier stammen noch etwa drei Prozent aller Einfuhren in die EU aus Russland. Bei den Einfuhren nach Ungarn und in die Slowakei sind es laut FAZ-Angaben allerdings mehr als 80 Prozent.

Um den Importstopp zu überwachen, soll ein Genehmigungsverfahren eingeführt werden. Ungarn und der Slowakei geht diese Klausel aber nicht weit genug. Die Entscheidung sei für die Slowakei „wirtschaftlich hochsensibel“, sagte die slowakische Wirtschaftsministerin Denisa Sakova. „Wir werden zu den am stärksten negativ betroffenen Mitgliedstaaten gehören.“ Sie forderte laut Tagesschau „finanzielle Unterstützung durch EU-Instrumente“. Ungarns Außenminister Peter Szijjarto erklärte, die Energieversorgung habe „nichts mit Politik zu tun“. Er warf Kroatien erneut vor, für Gaslieferungen über die sogenannte Adria-Pipeline - Ungarns größte Alternative zur Pipeline aus Russland - zu hohe Preise zu verlangen. Sein kroatischer Amtskollege wies die Anschuldigungen umgehend zurück.

„Wir stehen einem Land gegenüber, das Energie gegen uns als Waffe eingesetzt hat“, betonte EU-Energiekommissar Dan Jørgensen. In dieser Position solle sich die EU „nie wieder“ befinden müssen. „Ich hoffe, dass wir dieses Paket bis Neujahr beschließen können“, sagte der dänische Energieminister Lars Aagaard. Anders als die Sanktionen

gegen Russland wäre der diskutierte Ausstieg juristisch ein EU-Gesetz und damit bis auf eine vorgesehene regelmäßige Überprüfung dauerhaft.

Medienberichte:

[EU-Staaten einigen sich auf schärfere Sanktionen gegen Russland | tagesschau.de](#)

[Council agrees its position on rules to phase out Russian gas imports under REPowerEU - Consilium](#)

[EU-Mitgliedstaaten kurz vor Einigung auf LNG-Importverbot aus Russland | Euractiv DE](#)

[UK Sanctions Target Russian Arctic LNG, With US Remaining on Sideline and EU Continuing Debate](#)

[Mehrheit der EU-Staaten will Import von russischem Gas beenden | tagesschau.de](#)

[Hungary to back new EU sanctions package against Russia | RBC-Ukraine](#)

[EU expands ban on use of payment services to include Faster Payments System, Mir bankcards as part of new sanctions against Russia](#)

Nutzung russischer Zentralbankgelder – EU-Kommission muss weiter an Lösungen arbeiten

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben die Europäische Kommission auf ihrem Gipfeltreffen am 23. Oktober keine Einigung darüber erzielt, in der EU eingefrorene russische Zentralbankgelder für einen EU-Kredit zu nutzen und der Ukraine zur Verfügung zu stellen. Ursprünglich sollte auf dem Gipfel die EU-Kommission damit beauftragt werden, dazu einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten.

Mit der Maßnahme sollen bis zu 140 Milliarden Euro an Mitteln freigesetzt werden, um die Kriegsanstrengungen der Ukraine für weitere zwei bis drei Jahre zu finanzieren, wobei russische Staatsvermögen verwendet würden, die nach der vollständigen Invasion der Ukraine im Februar 2022 eingefroren wurden.

Weil Belgien weiterhin Bedenken hat, wurde der ganze Prozess nun bis zum nächsten EU-Gipfel im Dezember verschoben. Sowohl der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, als auch die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, zeigten sich aber laut Politico weiterhin entschlossen. „Niemand hat heute ein Veto eingelegt“, sagte Costa. „Die technischen und rechtlichen Aspekte der europäischen Unterstützung müssen noch ausgearbeitet werden.“ Die Diskussionen über den Kredit für die Ukraine „haben es uns ermöglicht, Punkte zu identifizieren, die wir klären müssen“, sagte von der Leyen. „Es ist ein bisschen bitter für mich, dass wir jetzt als das unwillige Land mit dem Finger gezeigt werden“, sagte Belgiens Premierminister Bart De Wever laut Politico.

Ohnehin war bereits davon auszugehen, dass die Ukraine frühestens am Ende des ersten Quartals 2026 über die Gelder verfügen kann, da ein möglicher Gesetzentwurf der Kommission erst im Rat der Mitgliedstaaten und im Europaparlament beraten werden müsste. Danach müssten auch noch die nationalen Parlamente zustimmen, da es um nationale Kreditgarantien geht. Um die rechtlichen Details werde es heftige Auseinandersetzungen geben, sagte ein EU-Diplomat laut einem Bericht des Handelsblatts. „Es ist komplizierter, als viele Leute denken.“

Belgien verfolgt einen vorsichtigen Ansatz, da es Sitz von Euroclear ist, der Finanzinstitution, die die eingefrorenen Vermögenswerte verwaltet, und befürchtet, dass ein Gericht das Land zur Rückzahlung der Gelder verurteilen könnte. Belgiens Ministerpräsident Bart de Wever hatte mehrfach vor russischen Schadenersatzansprüchen gewarnt. De Wever will deshalb sicherstellen, dass seine Regierung im Fall einer russischen Klage nicht allein auf den möglichen Kosten sitzenbleibt - und fordert weitreichende Garantien aller EU-Staaten. „Belgien kann dieses Risiko nicht allein tragen - es muss von allen EU-Staaten kollektiv abgesichert werden“, sagte der zuständige EU-Wirtschaftskommissar Valdis Dombrovskis dem Handelsblatt. „Genau das schlagen wir vor.“

Die Kommission hat laut Politico in einem informellen Dokument eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, um die Bedenken Belgiens auszuräumen. Um Euroclear nicht herauszugreifen, erklärte die Kommission, sie werde die Verwendung von 25 Milliarden Euro an russischen Vermögenswerten prüfen, die auf Bankkonten und bei Verwahrstellen in anderen Ländern der Union liegen – räumte jedoch ein, dass dies rechtlich schwierig sei.

Belgien befürchtet, dass Investoren aus Ländern wie China ihre Investitionen aus Euroclear abziehen könnten. Als weitere Konzession schlug die EU-Exekutive ein Sicherheitsnetz vor, das es der Kommission ermöglicht, Ländern sofort Geld zu leihen, falls sie jemals den Kredit zurückzahlen müssen. Damit soll Belgien die Gewissheit gegeben werden, dass es nicht allein gelassen wird

Insgesamt belaufen sich die eingefrorenen russischen Reserven bei Euroclear auf 194 Milliarden Euro. Die von Euroclear gehaltenen Vermögenswerte sind in westliche Staatsanleihen investiert, die zu Bargeld geworden sind. Das Bargeld befindet sich derzeit auf einem Einlagenkonto bei der Europäischen Zentralbank, das die Kommission an die Ukraine überweisen möchte.

Dass die Europäer nun doch auf das Vermögen selbst zurückgreifen wollen, ist der angespannten Haushaltsslage geschuldet. Um den enormen Finanzbedarf der Ukraine zu decken, müssen die Regierungen neue Einnahmen erschließen. Man habe keine andere Alternative als die russischen Reserven, sagen EU-Diplomaten. Für die Ukraine könnte das Ergebnis existenziell sein. Ohne den EU-Kredit droht der Ukraine in den nächsten zwei Jahren ein Haushaltsdefizit von 60 Milliarden Dollar. Da die USA ihre zuverlässige Unterstützung faktisch zurückziehen, bezeichnen europäische Beamte diese Initiative hinter vorgehaltener Hand als „letzte Chance“, um Kiews Position in den Friedensgesprächen mit Russland zu stärken.

Brüssel argumentiert, dass dies keine Beschlagnahmung darstellt, da Russland die eingefrorenen Vermögenswerte durch die Zahlung von Nachkriegsentschädigungen an die Ukraine zurückerhalten könnte – was jedoch als sehr unwahrscheinlich angesehen wird.

Siehe auch:

[Sanktionen gegen Russland: Was wie ein Doppelwumms scheint ... | taz.de](#)

[EU-Gipfel: Belgien blockiert Einigung zu russischem Vermögen](#)

[EU closes in on deal to use Russian frozen assets to fund Ukraine – POLITICO](#)

Debatte über EU-Sanktionen gegen Lukoil – 20. Sanktionspaket

Nachdem die USA am 22. Oktober Sanktionen auch gegen den privaten russischen Ölkonzern Lukoil verhängt hatten, ist auf dem EU-Gipfel eine Debatte über mögliche EU-Sanktionen gegen das Unternehmen ausgebrochen. Bislang hat die EU Lukoil noch nicht gelistet, da das Unternehmen sehr stark in der EU investiert ist. Laut Politico forderte der litauische Präsident Gitanas Nausėda die Staats- und Regierungschefs der EU während ihres Gipfeltreffens auf, Lukoil in das nächste Sanktionspaket der Union aufzunehmen, nachdem US-Präsident Donald Trump diese Woche Sanktionen gegen den russischen Energiekonzern angekündigt hatte. „Wie lange können wir Lukoil noch als heilige Kuh behandeln?“, fragte Nausėda laut Politico vor Journalisten. Die Einbeziehung von Lukoil würde der russischen Wirtschaft, „die ohnehin schon auf tönernen Füßen steht“, einen schweren Schlag versetzen, sagte er.

Dagegen sagte laut dem Politico-Bericht ein hochrangiger EU-Beamter in einer Pressekonferenz unter Bedingungen der Anonymität, Brüssel müsse „zusammen mit unseren amerikanischen Freunden prüfen, ob wir zumindest für eine gewisse Zeit eine Art Abfederung oder Lizenzierung für einige der Aktivitäten erreichen können, um einen Ausstieg zu ermöglichen.“

Der Grund dafür sei, dass die US-Sanktionen für alle in Dollar gehandelten Güter gelten. Wenn Lukoil seine europäischen Vermögenswerte veräußern muss, könnte es höchstwahrscheinlich eine befristete Lizenz beantragen müssen, um seinen Ausstieg abzuschließen.

Gleichzeitig stellte der Beamte die Vorstellung in Frage, dass der Verlust der europäischen Einnahmen von Lukoil einen schweren Schlag für Moskau bedeuten würde, und verwies auf die Maßnahmen, die die EU im jüngsten Paket gegen Russland gegen chinesische Händler und Raffinerien ergriffen hat: „Das Hauptziel sind im Grunde genommen Drittländer. Der Versuch, die Einnahmen zu senken, weil die Einnahmen, die wir hier von Lukoil haben, relativ begrenzt sind.“

Lukoil befindet sich in Privatbesitz. Das Unternehmen hat eine große Präsenz in der EU, dazu gehören Raffinerien in Bulgarien, Rumänien und Belgien.

EU will stärker gegen russische Schattenflotte vorgehen

Die EU strebt laut Berichten von Politico und Spiegel-Online eine Ausweitung ihrer Befugnisse an, Schiffe der russischen Schattenflotte zu Inspektionszwecken zu stoppen. In einigen Fällen bestünde sogar der Verdacht, dass diese Schiffe als Startrampen für russische Drohnen dienen, die zur Aufklärung kritischer westlicher Standorte und zur Störung ziviler Flughäfen im Rahmen der hybriden Aktivitäten Moskaus gegen die Union eingesetzt werden.

Laut Spiegel gibt es Schätzungen, nach denen jeder fünfte Liter Erdöl von russischen Schiffen transportiert wird, die zur russischen Schattenflotte gezählt werden, weil sie nicht die international üblichen Versicherungen vorweisen können. Dies ermöglicht es ihnen, russisches Erdöl zu transportieren, bei denen Käufer nicht den von westlichen Ländern verhängten Ölpreisdeckel beachtet haben sondern Weltmarktpreise zahlen. Zugleich könnten diese Schattentanker, die ihre wahre Herkunft verschleiern, das von der EU verhängte Einfuhrverbot für russisches Öl in EU-Häfen umgehen.

Verschiedenen Schätzungen zufolge sind zurzeit 600 bis 1400 russische Öltanker unterwegs, die ihre wahre Herkunft durch Registrierung in anderen Staaten verbergen. Viele dieser Schiffe sind schlecht gewartet und damit eine Gefahr für die Umwelt. Viele der oft stark überalterten Tanker, die heute unter der Flagge der Cayman Islands, von Liberia oder den Arabischen Emiraten fahren, stammten ursprünglich aus Griechenland.

In der Debatte über Inspektionen dieser Öltanker der Schattenflotte plädiert die Behörde der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas laut Spiegel nun für eine formalisierte Zusammenarbeit mit den Flaggenstaaten. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) schlägt vor, bilaterale Vereinbarungen zwischen der EU und jenen Staaten zu schließen, unter deren Flaggen diese russischen Schiffe unterwegs sind, wie ein Dokument zeigt, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt.

In dem Papier des EAD heißt es weiter, die EU-Mitgliedstaaten agierten bereits zunehmend robust gegen die Schattenflotte. Als Beispiele genannt werden das Vorgehen Deutschlands gegen das Schiff „Eventin“, Frankreichs gegen das Schiff „Boracay“, Estlands gegen das Schiff „Kiwala“ und Finlands gegen das Schiff „Eagle S“. Die EU hat bereits mehr als 400 Schiffe sowie Einrichtungen, die den Betrieb der Flotte ermöglichen, mit Sanktionen belegt. Durch das derzeit vorbereitete 19. Sanktionspaket soll die Zahl weiter erhöht werden.

[Russlands Schattenflotte: EU will verstärktes Vorgehen gegen getarnte Tanker - DER SPIEGEL](#)

Umfrage zeigt unterschiedliche Wahrnehmungen der Kriegsgefahr

Eine YouGov-Umfrage eine wachsende Angst vor Russland in der EU. Je näher ein Land an Russland liegt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass seine Bevölkerung den Kreml

als größte Bedrohung für Europa ansieht. Die Umfrage wurde in Litauen, Polen, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien durchgeführt. Wie Politico berichtet, wurde die russische Aggression von 51 Prozent in Polen, 57 Prozent in Litauen und 62 Prozent in Dänemark als eine der größten Bedrohungen für Europa angesehen. In Deutschland sahen 36 Prozent die russische Aggression als größte Bedrohung an, gefolgt von 31 Prozent in Frankreich, 22 Prozent in Spanien und 20 Prozent in Italien. In Frankreich und Spanien wurde die Einwanderung als größte Gefahr angesehen, während es in Italien bewaffnete Konflikte waren.

EU verlängert Maßnahmen gegen hybride Bedrohungen

Der Rat der EU hat beschlossen, die individuellen restriktiven Maßnahmen gegen diejenigen, die für die destabilisierenden Aktivitäten Russlands im Ausland verantwortlich sind, um ein Jahr bis zum 9. Oktober 2026 zu verlängern. Dieser Beschluss wurde aufgrund der anhaltenden hybriden Aktivitäten Russlands gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten sowie ihre Partner, einschließlich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, gefasst, heißt es auf der Internetseite des Rates.

Insgesamt gelten derzeit restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands gegen 47 Einzelpersonen und 15 Organisationen. Ihre Vermögenswerte werden eingefroren, und es ist Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen aus der EU verboten, ihnen Gelder, Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Für natürliche Personen gilt zusätzlich ein Reiseverbot, das ihnen die Einreise in und die Durchreise durch das Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten verbietet.

[Hybride Bedrohungen durch Russland: Rat verlängert restriktive Maßnahmen um ein weiteres Jahr - Consilium](#)

4. Russland

Beschleunigtes Verfahren zur Privatisierung von Unternehmen – Diskussion über Enteignungen westlicher Unternehmen

Gemäß des Präsidialerlasses Nr. 693 vom 30. September 2025 hat der russische Präsident Wladimir Putin ein beschleunigtes Privatisierungsverfahren ermöglicht. Damit sollen sowohl verstaatlichte russische als auch ausländische Unternehmen in Russland schneller weiterveräußert werden können. Die zum Verkauf nötige Ermittlung des Marktwertes soll nunmehr höchstens zehn Werkstage beanspruchen. Zuständig für die Abwicklung solcher Privatisierungen ist die PSB-Bank, eine Förderbank der Rüstungsindustrie. Die Maßnahme wird auch als russische Reaktion auf Pläne der EU gesehen, russische Zentralbankgelder in der EU für einen Kredit an die Ukraine zu nutzen, wie Bloomberg berichtet. Diesbezüglich wird weiterhin vor der Enteignung westlicher Unternehmen in Russland gewarnt.

Dazu sagte der stellvertretende russische Finanzminister Alexei Moiseev, Russland werde keine Vermögenswerte der Europäischen Union beschlagnahmen. Gleichzeitig warnte er aber, dass der Kreml seine Position überdenken werde, sollte die EU die Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte, die in Europa eingefroren wurden, fortsetzen. Er wies laut einem Bericht von bne IntelliNews auch Behauptungen zurück, dass neue russische Dekret zur beschleunigten Privatisierung stünde mit möglichen Vergeltungsmaßnahmen gegen EU-Vermögenswerte in Verbindung stehe. Das Dekret, das den Verkauf staatlicher Vermögenswerte beschleunigt, wurde als innenpolitische Maßnahme zur Erleichterung der Privatisierung erklärt und nicht als Maßnahme gegen ausländische Beteiligungen.

„Wir beschlagnahmen noch nichts. Die Europäer haben keine Beschlagnahmung gefordert, also werden wir nichts beschlagnahmen, bis sie dies tun. Wenn sie doch beschlagnahmen, werden wir darüber nachdenken“, sagte Moiseev laut Kommersant am Rande einer Konferenz gegenüber Reportern.

Im vergangenen Jahr hat Russland bereits Vermögenswerte im Wert von rund 50 Milliarden Dollar beschlagnahmt, darunter auch solche westlicher Unternehmen, die das Land verlassen haben. Diese Maßnahmen werden von der russischen Regierung als notwendige Reaktion auf das, was sie als „unfreundliche“ Handlungen des Westens empfindet, dargestellt. Die Verstaatlichungsbemühungen ähneln dem chaotischen Privatisierungsprozess Russlands in den 1990er Jahren, obwohl die Regierung betont hat, dass sie beabsichtigt, diese Vermögenswerte letztendlich an private Eigentümer zu verkaufen. Moiseev merkte an, dass die Privatisierung eine Priorität sei, da die Regierung bestrebt sei, die staatliche Kontrolle zu reduzieren und die Wirtschaft anzukurbeln, indem beschlagnahmte Vermögenswerte schnell in private Hände überführt werden.

[Указ Президента Российской Федерации от 30.09.2025 № 693 · Официальное опубликование правовых актов](#)

[bne IntelliNews - Russia rules out seizing EU assets but warns of retaliation if confiscations proceed](#)

[Bloomberg узнал об ответном плане России на изъятие активов — РБК](#)

Sanktionen gegen Renault

Am 6. Oktober hat die russische Regierung den französischen Autokonzern Renault auf die Schwarze Liste von Unternehmen gesetzt, „die im Bereich der militärtechnischen Zusammenarbeit aktiv sind“. Geschäfte mit diesen Firmen sind russischen Unternehmen untersagt: Weder dürfen die Pflichten aus bereits geschlossenen Verträgen erfüllt noch finanziellen Transaktionen zu deren Gunsten durchgeführt werden. Künftige Deals mit diesen Unternehmen sollen nur noch in Ausnahmefällen von der russischen Regierung erlaubt werden. Der Sanktionskatalog wurde per Regierungsbeschluss Nr. 851 vom 11. Mai 2022 eingeführt, der auch eine zweite Liste juristischer Personen enthält, die besonderen wirtschaftlichen Maßnahmen unterliegen. Im Juni war bereits der deutsche Nutzfahrzeughersteller Daimler Truck auf der russischen Sanktionsliste gelandet.

Renault hatte sich 2022 mit einer Rückkaufoption aus Russland zurückgezogen. Im vergangenen Monat hat das russische Markenamt Rospatent den Antrag der Franzosen auf die Eintragung der Marke Renaults abgelehnt.

[Постановление Правительства Российской Федерации от 06.10.2025 № 1545 · Официальное опубликование правовых актов](#)

Probleme in Russlands Wirtschaft wachsen

Die Nachrichtenagentur Reuters identifiziert sechs russische Unternehmen aus dem russischen Bergbau- und Transportsektor, die laut Branchenangaben ihre Arbeitswoche verkürzt haben. Grund sei die sich verlangsamende Kriegswirtschaft sowie die Rückgänge bei der Binnennachfrage und den Exporten. Cemros, Russlands größter Zementhersteller, hat bis zum Jahresende auf eine 4-Tage-Woche umgestellt, um angesichts des starken Abschwungs in der Bauindustrie und des Anstiegs der Zementimporte Arbeitsplätze zu erhalten. Das Unternehmen hat 13.000 Mitarbeiter und 18 Werke in ganz Russland. Das Automobilwerk Gorki (GAZ), ein führender Hersteller von Lieferwagen mit mindestens 20.000 Beschäftigten, führte im August die 4-Tage-Woche ein, ebenso wie der Lkw-Hersteller Kamaz mit rund 30.000 Beschäftigten. Die Gewerkschaft bei Avtovaz, Russlands größtem Automobilhersteller mit rund 40.000 Beschäftigten, bestätigt gegenüber Reuters, dass sie seit dem 29. September eine 4-Tage-Woche eingeführt habe. Alrosa, der weltweit größte Produzent von Rohdiamanten, hat die Gehälter aller Mitarbeiter, die nicht direkt im Bergbau tätig sind, um 10 Prozent gekürzt, unter anderem durch die Verkürzung der Arbeitswoche. Außerdem hat das Unternehmen im Frühjahr und Sommer den Betrieb an weniger rentablen Lagerstätten eingestellt. Das russische Zentrum für makroökonomische Analysen und kurzfristige Prognosen gab bekannt, dass die nicht mit dem Militär verbundenen Wirtschaftssektoren seit Jahresbeginn um 5,4 Prozent geschrumpft sind.

Exportbeschränkungen für Benzin, Diesel und Agrargüter

Die russische Regierung hat weitere Maßnahmen zur Stabilisierung des prekären, heimischen Kraftstoffmarktes ergriffen. So wurde das temporäre Benzin-Exportverbot bis zum 31. Dezember 2025 verlängert, welches sämtliche Exporteure betrifft, einschließlich der Produzenten. Des Weiteren wurde nichtproduzierenden Exporteuren bis Ende 2025 untersagt, Dieselkraftstoffe und andere Gasöle aus Russland auszuführen.

Am 3. Oktober hat die russische Regierung die Ausfuhr von Flachs (Lein) und Mais beschränkt. Auf Flachsexporte wurde ein Zollsatz von 10 Prozent des Zollwertes eingeführt, gültig bis zum 31. August 2026.

[Документы - Правительство России](#)

[Документы - Правительство России](#)

Mehr Geld für Propaganda

Moskau will einem Bericht des Tagesspiegel zufolge die Ausgaben für staatliche Propaganda in den Medien auf ein neues Rekordniveau erhöhen. Das geht aus einem Bericht der russischen Zeitung „Moscow Times“ hervor. Die Online-Zeitung schreibt unter Berufung auf Informationen aus einer Datenbank der Staatsduma zum russischen Haushaltsentwurf 2026, dass der Kreml für die Finanzierung staatlicher Medien im kommenden Jahr Ausgaben von 146,3 Milliarden Rubel einplant. Das entspricht aufgerundet etwa 1,55 Milliarden Euro.

Die geplanten Haushaltsausgaben im Sektor „Massenmedien“ sollen demnach im Vergleich zum laufenden Jahr um weitere sieben Prozent (9,1 Milliarden Rubel) ansteigen. Im Vergleich zum Vorkriegsniveau 2021 sind die Ausgaben in diesem Bereich bereits um 28 Prozent (32,4 Milliarden Rubel) angestiegen.

Gleichzeitig kämpft Russland mit einem wachsenden Haushaltsloch, nachdem die Wachstumszahlen zuletzt deutlich nach unten revidiert werden mussten.

Ob die angekündigte Finanzspritze für Russlands Propagandaschinerie ihre Wirkung zeigen wird, bleibt laut Tagesspiegel fraglich. Der US-amerikanische Auslandssender „Voice of Amerika“ (VOA) stellte bereits in einer Analyse Anfang des Jahres fest, dass kremlfreundliche Medien in Russland trotz immenser staatlicher Mittel im letzten Jahr Millionen an Konsumenten einbüßen mussten. Analysten prognostizierten, dass der Abwärtstrend anhaltend sei.

[Immer weniger Zuschauer: Russland will trotz Haushaltsloch Rekordsummen in Medienpropaganda investieren](#)

Indien scheint sich vom russischen Öl abzuwenden

Indien steht nach Einschätzung des Handelsblatts offenbar vor einer drastischen Senkung seiner Energieimporte aus Russland. Damit reagiert das Land auf amerikanische Strafzölle sowie auf neue US-Sanktionen gegen russische Ölkonzerne, wie der Finanzdienst Bloomberg und die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Brancheninsider übereinstimmend berichten. Vertreter indischer Raffinerien sagten demnach, eine Fortsetzung der Ölgeschäfte mit Russland sei angesichts der US-Maßnahmen nahezu unmöglich.

Russland könnte damit eine wichtige Einnahmequelle verlieren: Indien wurde nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine neben China zum Hauptabnehmer von russischem Öl. In diesem Jahr deckte das bevölkerungsreichste Land der Welt mehr als ein Drittel seiner Ölimporte mit Lieferungen aus Russland ab.

Auf die US-Sanktionen scheinen nun tatsächlich konkrete Schritte Indiens zu folgen: Staatliche Raffinerien überprüfen laut dem Reuters-Bericht ihre Unterlagen, um sicherzustellen, dass keine Lieferungen direkt von Rosneft und Lukoil stammen. Auch das privat geführte Konglomerat Reliance von Mukesh Ambani, dem vermögendsten Mann Asiens, überdenkt seine Ölgeschäfte mit Russland offenbar. „Die Neuausrichtung der russischen Öleinfuhren ist im Gange“, teilte das Unternehmen mit. Reliance betreibt im indischen Bundesstaat Gujarat die größte Raffinerie der Welt

Donald Trump hatte bereits Anfang der Woche nach einem Telefonat mit Indiens Regierungschef Narendra Modi gesagt, dieser habe ihm zugesagt, die Ölimporte aus Russland zurückzufahren. „Er wird nicht viel Öl aus Russland kaufen. Er will genauso, dass dieser Krieg endet, wie ich“, sagte Trump über das Gespräch mit Modi. Indien und die USA verhandeln derzeit über eine Senkung des von Trump eingeführten 50-Prozent-Zolls auf Waren aus Indien. Im Bemühen um eine Einigung stellte die Regierung in Neu-Delhi zuletzt unter anderem höhere Energieimporte aus den USA in Aussicht.

5. USA

US-Sanktionen gegen russische Ölkonzerne

Die USA haben am 22. Oktober Sanktionen gegen die beiden größten russischen Ölkonzerne Rosneft – geführt von Igor Setschin, einem engen Vertrauten von Putin – und Lukoil verhängt. Außerdem sind dutzende Tochterunternehmen der beiden Konzerne in Russland betroffen, teilte das US-Finanzministerium mit. Angesichts der Weigerung von Wladimir Putin, den Krieg gegen die Ukraine zu beenden, verhängt sein Ministerium Strafmaßnahmen gegen die beiden größten Ölfirmen Russlands, heißt es in einer Mitteilung von US-Finanzminister Scott Bessent. Diese finanzierten Russlands Kriegsmaschinerie.

Rosneft allein macht etwa 40 Prozent der russischen Ölproduktion und 14 Prozent der Gasproduktion aus und ist mit Steuerzahlungen in Höhe von 6,1 Billionen Rubel im Jahr 2024 nach wie vor der wichtigste Beitragszahler zum Bundeshaushalt. Das Unternehmen verfügt außerdem über eine Flotte von mindestens 39 Schiffen.

Zusammen mit den neuen Sanktionsgesetzen veröffentlichte das US-Finanzministerium auch einige Ausnahmeregelungen. Diese betreffen das Caspian Pipeline Consortium und Tengizchevroil. Drei weitere General Licenses ermöglichen den Verkauf von Lukoil- oder Rosneft-Assets bzw. die Abwicklung von Geschäften bis zum 21. November 2025.

Die Strafmaßnahmen verbieten nach Angaben des Finanzministeriums in der Praxis jede wirtschaftliche Interaktion mit Rosneft, Lukoil und einer Reihe von Tochterfirmen – nicht nur für US-Unternehmen, sondern auch für ausländische Banken oder Geschäftspartner, die mit den sanktionierten Akteuren in Verbindung stehen. In erster Linie handelt es sich bei den Tochterunternehmen um Firmen, die in Russland angesiedelt sind. Rosneft Deutschland befindet sich hingegen nicht auf der Liste. Das Unternehmen, das an drei Raffinerien in Deutschland beteiligt ist, befindet sich ohnehin bereits seit 2022 unter Treuhandverwaltung des Bundes.

Alle Vermögenswerte der betroffenen Firmen in den USA oder im Besitz von amerikanischen Staatsbürgern werden eingefroren. Auch Firmen, die mindestens zur Hälfte den sanktionierten Unternehmen gehören, werden automatisch mit blockiert. US-Firmen und Bürger dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung keine Geschäfte mehr mit den Unternehmen tätigen. Das Ministerium sei „bereit, noch weiter zu gehen, falls dies notwendig sein sollte“, fügte Bessent laut der Erklärung hinzu. Er rief zudem die Verbündeten der USA auf, sich den Sanktionen anzuschließen.

Die US-Sanktionen „sind ein klares Signal, dass die Verlängerung des Krieges und die Verbreitung von Terror ihren Preis haben“, schrieb der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einem Beitrag auf X. „Dies ist ein fairer und absolut verdienter Schritt. Gerade der Druck auf Russland wird für die Erreichung des Friedens wirksam sein, und Sanktionen sind eine seiner Schlüsselkomponenten.“ Er bezeichnete dies auch als „eine starke und dringend benötigte Botschaft“.

US-Präsident Donald Trump hatte kurz vor der Maßnahme ein eigentlich für Budapest geplantes Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen fehlender

Erfolgsaussichten abgesagt. Nach der Ankündigung Bessents sagte Trump nun, er hoffe, dass die neuen Sanktionen Putin zur Vernunft bringen würden. Er hoffe auch, dass die Sanktionen nicht lange in Kraft bleiben müssten.

In der Zukunft soll es Trump zufolge aber ein Treffen zwischen ihm und Putin geben. Das bekräftigte auch Außenminister Marco Rubio auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Joint Base Andrews. Trotz der Absage des Präsidentengipfels und der neuen Sanktionen strebten die USA weiter ein Treffen mit Russland an, sagte er laut Handelsblatt.

Infolge der neuen Sanktionen stiegen die Ölpreise kurzfristig um bis zu fünf Prozent. Mehrere Quellen teilten Reuters mit, dass chinesische staatliche Ölkonzerne den Kauf von russischem Öl aus Seetransporten von den beiden gelisteten Unternehmen ausgesetzt haben, was zu einem weiteren Preisanstieg beitrug.

Die Preise gaben jedoch einen Teil ihrer Gewinne wieder ab, nachdem der kuwaitische Ölminister erklärte, die OPEC-Gruppe sei bereit, etwaige Engpässe auf dem Markt durch eine Rücknahme der Förderkürzungen auszugleichen.

Die US-Sanktionen bedeuten laut Ole Hansen, Analyst bei der Saxo Bank, dass Raffinerien in China und Indien, die zu den größten Abnehmern russischen Öls zählen, sich nach alternativen Lieferanten umsehen müssen, um nicht aus dem westlichen Bankensystem ausgeschlossen zu werden.

Die Maßnahmen der USA und der EU gegen Russland könnten auch dazu führen, dass Indien seine Rohölimporte aus Russland drastisch senkt. Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, überlegte der Konzern Reliance Industries bereits vor den jüngsten Listungen die Einfuhr vollständig einzustellen. Er ist der größte indische Abnehmer russischen Öls. Schon zuvor wurde berichtet, dass staatliche Raffinerien in Indien versuchen, kein Öl mehr von den sanktionierten russischen Konzernen zu beziehen.

Trump will sich zudem eigenen Angaben zufolge mit Chinas Präsident Xi Jinping treffen, um unter anderem über ein Ende des russischen Angriffskriegs zu sprechen. Er glaube, Xi könnte großen Einfluss auf Putin haben, sagte Trump. Trump und Xi würden am Rande des Apec-Gipfels in Südkorea Ende Oktober zu einem Gespräch zusammenkommen, sagte Finanzminister Bessent dem Sender Fox Business Network.

Mitteilung des OFAC mit den Sanktionen im Detail:

[Treasury Sanctions Major Russian Oil Companies, Calls on Moscow to Immediately Agree to Ceasefire | U.S. Department of the Treasury](#)

Informationen zu Ausnahmeregelungen und Übergangsfristen:

[Russia-related Designations; Issuance of New and Amended Russia-related General Licenses | Office of Foreign Assets Control](#)

Presseberichte:

[US sanctions Russia's two largest oil companies - POLITICO](#)

[Donald Trump will Treffen mit Wladimir Putin abgesagt haben – USA verhängen Sanktionen gegen russische Öl-Firmen - DER SPIEGEL](#)

[Oil rises nearly 5% on fresh US sanctions against Russia | Reuters](#)

[EU-Staaten einigen sich auf schärfere Sanktionen gegen Russland | tagesschau.de](#)

Neues Sanktionsgesetz hängt weiter im US-Kongress fest

Seit Monaten hängt ein neues Sanktionsgesetz, das hohe Strafzölle für Länder vorsieht, die weiter russische Energie kaufen, im US-Kongress fest. Erst am 20. Oktober erklärte dazu der Mehrheitsführer im US-Senat, John Thune, dass die Gesetzgebung bis nach einem geplanten Treffen zwischen Präsident Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Budapest auf Eis gelegt wird. Dies berichtete Politico. Doch inzwischen wurde das Budapest-Treffen abgesagt, das US-Finanzministerium führte selbst neue Sanktionen gegen russische Energiekonzerne ein und die Debatte über eine baldige Vorlage des Gesetzentwurfs ist neu entbrannt:

Die Autoren der parteiübergreifenden Gesetzgebung zu umfassenden Sanktionen gegen Russland hoffen, dass der Senat nun endlich bereit ist, ihren Gesetzentwurf zu prüfen, schreibt Politico. Senator Lindsey Graham (R-S.C.), ein enger Verbündeter Trumps und Mitverfasser der Gesetzgebung, die auf die russischen Öl- und Gaseinnahmen abzielt, sagte laut Politico, der Kongress „sollte den Druck aufrechterhalten“. Er sagte, der Senat könne eine „Russland-Woche“ ansetzen, in der mehrere Gesetzesentwürfe im Zusammenhang mit Moskaus Krieg gegen die Ukraine behandelt werden.

Der Sanktionsentwurf hat mehr als 80 Mitunterstützer, was ihm genügend Rückhalt gibt, um den Widerstand von Trump zu überwinden. Die Republikaner zögern jedoch, ohne die ausdrückliche Zustimmung des Präsidenten voranzuschreiten. Die Sorge ist, dass die Führung der Republikaner, wenn sie ohne Trumps öffentliche Zustimmung voranschreiten würde, ihre Mitglieder in eine politisch schwierige Lage bringen würde, sollte er sich später gegen den Gesetzentwurf aussprechen.

Graham und Senator Richard Blumenthal (D-Conn.) drängen seit Monaten auf eine Abstimmung über ihren Vorschlag, hohe Zölle für Länder zu erheben, die russische Energie importieren, sowie sekundäre Sanktionen gegen ausländische Unternehmen, die bei der Energieproduktion helfen.

„Wir haben die Möglichkeit, ein Sanktionsregime zu schaffen, das rechtlich nicht anfechtbar wäre“, erklärte Graham gegenüber Reportern, warum Maßnahmen des Kongresses über Trumps einseitige Schritte hinaus sinnvoll wären. Er fügte hinzu, dass „Trump der Quarterback sein würde“.

Graham und Blumenthal wiesen auf die Möglichkeit hin, dass weitere Gesetzesentwürfe eingebracht werden könnten, darunter Maßnahmen, die es ermöglichen, eingefrorene

russische Vermögenswerte für die Ukraine zu verwenden, und die Russland als staatlich geförderten Terrorismus einstufen. Thune sagte, dass derzeit Diskussionen über die Abstimmung über diese Gesetzesentwürfe stattfinden.

Auch der demokratische Minderheitsführer Chuck Schumer erklärte inzwischen, dass der Senat „einen starken, harten Sanktionsentwurf“ vorantreiben sollte.

Berichte von Politico:

Inside Congress Live

[Russia sanctions bill on hold for now, Thune says - Live Updates - POLITICO](#)

US-Sanktionen treffen Ölunternehmen NIS

Die US-Sanktionen gegen das serbische Ölunternehmen NIS, das sich mehrheitlich im Besitz der russischen Gazprom Neft befindet, sind am 9. Oktober 2025 nach mehrmaliger Fristverlängerung endgültig in Kraft getreten. Hintergründe zu den amerikanischen Sanktionen finden Sie im [OA-Update Südosteuropa 03](#). Der Ölkonzern NIS versorgt über 300 Tankstellen in Serbien und ist der größte Ölimporteur des Landes. Die Öllieferungen über die kroatische Pipeline JANAf wurden mit dem Start der Sanktionen gestoppt. Vor diesem Hintergrund drohen Versorgungsgapse oder steigende Kraftstoffpreise. Zu den Sanktionen im Einzelnen und möglichen Folgen informiert Germany Trade and Invest (GTAI) [hier](#). Zu den Auswirkungen in Serbien und dem benachbarten Bosnien und Herzegowina, wo NIS ebenfalls mit Tankstellen vertreten ist, berichtet BalkanInsight [hier](#).

Exportbeschränkungen verschärft

Das US-Handelsministerium hat seine Exportbeschränkungen für ausländische Unternehmen verschärft. Seit dem 29. September gilt die sogenannte 50 Prozent-Regel des SDN-Sanktionskataloges des US-Finanzministeriums nun auch für die Schwarzen Listen des US-Handelsministeriums (Entity List und MEU List). Auf diesen finden sich juristische Personen wieder, mit denen Transaktionen nur per Sondergenehmigung zulässig sind, sowie jene Unternehmen, deren Endverbraucher der Rüstungsindustrie angehören. Das Handelsministeriums beschränkt nun ebenfalls jene Firmen, die mindestens zu 50% von bereits sanktionierte Unternehmen kontrolliert werden. Die Neufassung betrifft insbesondere deren Tochtergesellschaften aus China und Russland.

[Federal Register :: Expansion of End-User Controls To Cover Affiliates of Certain Listed Entities](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Australien

Ölpreisdeckel wird gesenkt

Auch Australien hat die Preisobergrenze für russisches Rohöl von 60 auf 47,60 US-Dollar pro Barrel gesenkt und folgt damit dem EU-Beispiel. Durch die Maßnahme würde russisches Öl billiger und die Einnahmen Russlands aus dem Verkauf verringern sich entsprechend. Zudem hat die australische Regierung weitere 95 Tanker sanktioniert, die der sogenannten „russischen Schattenflotte“ zugerechnet werden – mittlerweile stehen 150 Schiffe auf der Schwarzen Liste.

[Australia takes further action to constrain Russian oil revenue | Australian Minister for Foreign Affairs](#)

Großbritannien

Sanktionen gegen russische Öl-Lieferungen und ein chinesisches Gasterminal

Großbritannien erhöhte den Druck auf Moskau mit Sanktionen gegen große russische Ölkonzerne, 44 Schiffe der Schattenflotte und einen chinesischen Gasimportterminal. Die Auswirkungen der Sanktionen bleiben abzuwarten, da die USA sich weiterhin zurückhalten und die Debatte in der EU über ihr 19. Sanktionspaket noch andauert.

Das Vereinigte Königreich hat ein umfangreiches neues Paket angekündigt, das sich gegen den russischen Öl- und Flüssigerdgassektor richtet. Die neue Sanktionsrunde zielt auf die größten russischen Ölkonzerne ab, darunter die Giganten Rosneft und Lukoil. Von besonderer Bedeutung für die Energieentwicklung des Landes in der Arktis sind neue Sanktionen, die sich gegen das Projekt Arctic LNG 2 richten.

Das Vereinigte Königreich hat sieben Gastanker der „Schattenflotte“ in seine jüngsten Maßnahmen einbezogen. Alle sieben Schiffe haben kürzlich sanktioniertes Flüssigerdgas aus der Arktis nach China transportiert und fahren regelmäßig die norwegische Küste hinauf und hinunter. „Wir werden alle zur Rechenschaft ziehen, die Russland die illegale Invasion der Ukraine ermöglichen“, sagte die britische Finanzministerin Rachel Reeves. „Da Putins Aggression zunimmt, verstärken wir unsere Reaktion.“

Da die Trump-Regierung offenbar wenig Interesse daran hat, weitere Sanktionen gegen Russlands Energieprojekte in der Arktis zu verhängen, steht das Vereinigte Königreich nun an vorderster Front, wenn es darum geht, Russlands Einnahmen aus Energieverkäufen zu drosseln. Während die Biden-Regierung für 2023 und 2024 in schneller Folge Maßnahmen gegen Arctic LNG 2 ankündigte, hat die derzeitige Regierung seit ihrem Amtsantritt im Januar 2025 noch keine Maßnahmen ergriffen.

Das Sanktionspaket des Vereinigten Königreichs umfasst auch das chinesische Terminal Beihai, das im vergangenen Monat mit dem Import von Gas aus dem Arctic LNG 2-Projekt

begonnen hat. Russlands Vorzeigeprojekt hatte mehr als ein Jahr lang keine Abnehmer gefunden. Mit den Importen hat die Anlage in Beihai im Süden Chinas Arctic LNG 2 eine wichtige Lebensader verschafft.

Die chinesische Führung hat das Terminal in Beihai de facto „unter Quarantäne gestellt“ – es nimmt nun nur noch Lieferungen aus Russland entgegen –, sodass die Sanktionen kaum Auswirkungen auf seinen laufenden Betrieb haben werden. Seit der Annahme der ersten russischen Ladungen wurden Lieferungen aus anderen Ländern von Beihai umgeleitet. Dadurch laufen andere Verlader und Importeure in China nicht Gefahr, in Maßnahmen gegen Beihai verwickelt zu werden. Diese präventive Maßnahme Pekings zeigt, wie schwierig es ist, wirksame Sanktionen zu konzipieren; der Betrieb in Beihai scheint ohne größere Unterbrechungen weiterzulaufen.

Nur ein konzertiertes Vorgehen des Westens, einschließlich der Androhung von Sekundärsanktionen gegen den Betreiber des Terminals, das staatliche Unternehmen PipeChina, oder andere Akteure im chinesischen LNG-Sektor, könnte ausreichen, um die chinesische Führung dazu zu bewegen, ihre Haltung gegenüber russischem LNG zu überdenken, schreibt das britische Newsportal „High North News“.

Während sich der Handelskrieg zwischen den USA und China weiter verschärft, sendet Pekings Bereitschaft, sanktionierte russische Lieferungen anzunehmen, eine klare Botschaft an Washington DC und zeigt eine weitere Vertiefung der russisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen.

[UK Sanctions Target Russian Arctic LNG, With US Remaining on Sideline and EU Continuing Debate](#)

7. Blick über den Tellerrand

China verstärkt Exportkontrollen für Seltene Erden und Technologie

China will seine Exportkontrollen für Seltene Erden deutlich verschärfen, dies berichtet unter anderem Spiegel-online. Laut einer Mitteilung des chinesischen Handelsministeriums ist der Export von Technologien zum Abbau und zur Verarbeitung von Seltenen Erden ohne Genehmigung verboten. Ausländische Exporteure von Produkten, die Seltene Erden aus China enthalten, müssen künftig eine Ausfuhr genehmigung der chinesischen Behörden einholen. Die Ausfuhr von Technologien im Zusammenhang mit der Gewinnung von Seltenen Erden, der Herstellung von Magneten und dem Recycling der Mineralien bedarf in Zukunft einer Sondergenehmigung. Chinesischen Unternehmen ist es zudem ohne Genehmigung des Ministeriums untersagt, mit Firmen im Ausland bei Seltenen Erden zusammenzuarbeiten. Demnach sei es unwahrscheinlich, dass Lizenzen für Rüstungsunternehmen sowie für bestimmte Nutzer im Halbleitersektor erteilt würden.

Viele dieser Technologien unterliegen bereits Beschränkungen, die nun aber verschärft werden. China hatte im April mehrere Seltene Erden und verwandte Materialien auf seine Exportkontrollliste gesetzt. Seltene Erden stehen seit Längerem im Fokus des Handelskriegs zwischen den USA und China. Peking hat seine Kontrolle über diesen Sektor als Druckmittel in den Verhandlungen mit Washington eingesetzt. Aus China stammen etwa 70 Prozent des weltweiten Angebots.

Zuletzt zeigte eine Studie, dass die Risiken für die EU-Wirtschaft durch die Rohstoffabhängigkeit größer als bisher angenommen sind. Hauptgrund sei, dass der Westen nicht nur bei den Rohstoffen selbst stark von China abhängig ist, sondern vor allem bei kritischen Zwischenprodukten wie Magneten, Spezialkeramiken oder Legierungen. Bei den Permanentmagneten etwa, die für E-Autos, Windturbinen und Robotik unerlässlich sind, kontrolliert China zwar nur rund 58 Prozent des Abbaus der notwendigen Seltenen Erden, aber 92 Prozent der Herstellung entsprechender Produkte.

EU-Regierungschefs drohen China mit Gegensanktionen

Die EU-Staats- und -Regierungschefs wollen die EU-Kommission erstmals ausdrücklich zu Gegenmaßnahmen gegen Chinas Exportblockaden ermächtigen. Das geht aus einem Entwurf der Erklärung für den EU-Gipfel in Brüssel hervor, der dem Handelsblatt vorliegt. Sie drängen wegen der eskalierenden Lieferblockaden auf eine härtere Linie.

In dem Entwurf der Gipfel erklärung heißt es: „Der Europäische Rat fordert die Kommission auf, alle wirtschaftspolitischen Instrumente der EU wirksam einzusetzen, um unfaire Handelspraktiken abzuschrecken und ihnen entgegenzuwirken.“ Unterhändler aller 27 EU-Staats- und Regierungschefs hätten sich auf diese Formulierung bereits geeinigt, bestätigten mehrere Diplomaten. Hintergrund sind die zunehmenden Lieferstopps der Volksrepublik für kritische Rohstoffe und zuletzt auch für Halbleiter.

Die wirtschaftlichen Folgen nehmen zu: Weil China Exporte des Chipherstellers Nexpria nach Europa blockiert, warnen deutsche Industrieunternehmen vor Produktionsstillständen. Beim Autobauer Volkswagen wurden die Chipvorräte bereits knapp, ein alternativer Chiplieferant konnte kurzfristige Produktionsausfälle verhindern.

Die chinesischen Restriktionen betreffen nach Handelsblatt-Informationen auch sicherheitsrelevante Bereiche. Insbesondere die Rüstungsindustrie ist auf Chinas seltene Erden angewiesen. Bundeskanzler Friedrich Merz warnte Chinas Staatsführung am Rande des EU-Gipfels vor einer Eskalation. „Die chinesische Regierung hat ja entschieden, auch die Lieferung einzustellen, was kritische Rohstoffe betrifft. Wir wollen eine gemeinsame Lösung, aber die chinesische Staatsführung muss auch wissen, dass wir das nicht akzeptieren, was da gerade passiert.“

Aserbaidschan gibt Gütertransit nach Armenien frei

Aserbaidschan hat alle Beschränkungen für den Gütertransit nach Armenien aufgehoben, erklärte der aserbaidschanische Präsident Ilham Aliyev laut Interfax. Damit wird eine wichtige Transportroute aus Richtung Zentralasien und China weiter über die Türkei nach Europa frei. Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und Restriktionen für den Transit durch Russland hat der so genannte Mittlere Korridor über den Südkaukasus eine wachsende Bedeutung. Bislang konnten Warenströme aus Richtung Aserbaidschan nur über Georgien weitertransportiert werden. Nach einem Friedensabkommen zwischen Aserbaidschan und Armenien unter Vermittlung der USA scheint sich damit eine weitere Transitoption zu öffnen, die für eine Verkürzung von Lieferzeiten sorgen dürfte.

„Ich muss sagen, dass Aserbaidschan alle Beschränkungen für den Gütertransit nach Armenien aufgehoben hat [...], und der erste solche Gütertransit war eine Lieferung von kasachischem Getreide nach Armenien“, sagte Alijew in einer Erklärung gegenüber der Presse mit dem kasachischen Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew in der kasachischen Hauptstadt Astana. Dies sei auch ein guter Indikator dafür, dass „der Frieden zwischen Aserbaidschan und Armenien nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis besteht“, sagte er.

Die erste Ladung mit Ziel Armenien werde in naher Zukunft über Aserbaidschan eintreffen, sagte der armenische Wirtschaftsminister Ghevorg Papoyan. „Die erste Ladung kasachischen Getreides wird bald über die Eisenbahnstrecke Aktau-Baku und dann über die Eisenbahnstrecken Aserbaidschans und Georgiens in Armenien eintreffen. Der Frieden ist hergestellt“, schrieb Papoyan in einem sozialen Netzwerk.

Die Sprecherin des armenischen Premierministers, Nazeli Baghdasaryan, schrieb in einem sozialen Netzwerk, dass Eriwan die Erklärung des Präsidenten Aserbaidschans zur Aufhebung der Beschränkungen für den Transit von Fracht nach Armenien begrüßt.

„Dieser Schritt ist wichtig für die Öffnung der regionalen Kommunikation, die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und die Institutionalisierung des zwischen Armenien und Aserbaidschan gemäß den in Washington erzielten Vereinbarungen geschaffenen Friedens“, sagte Baghdasaryan.

8. Termine

17. November: Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Ukraine, 9:00-10:30 Uhr | online

Wir laden Sie herzlich zur nächsten Sitzung unseres Arbeitskreises Ukraine ein, die am 17. November 2025 von 09:00 bis 10:30 Uhr (MEZ) im Online-Format stattfinden wird. Die Sitzung wird wichtige Themen zur aktuellen geopolitischen und wirtschaftlichen Lage in der Ukraine sowie zur EU-Unterstützung für den Wiederaufbau der Ukraine und Chancen für deutsche Unternehmen behandeln. Experten und Vertreter aus verschiedenen Bereichen werden ihre Einblicke und Updates teilen, gefolgt von einer Diskussionsrunde und einem Ausblick auf die nächsten Schritte. Das Programm finden Sie nachstehend zum Download.

Das Angebot zur Teilnahme richtet sich grundsätzlich an Mitglieder des Ost-Ausschusses. Sollten Sie Interesse an der Teilnahme haben, wenden Sie sich gerne an Alena Akulich, Regionaldirektorin Osteuropa: A.Akulich@oa-ev.de

15. Dezember: „8. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum“, 09:00 – 18:30 Uhr (MEZ), Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin (Save the date)

Das 8. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum, organisiert vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) findet am 15. Dezember 2025 von 09:00 bis 18:30 Uhr (MEZ) im Haus der Deutschen Wirtschaft (Breite Str. 29, 10178 Berlin) statt. Deutsche und ukrainische Unternehmensvertreterinnen und -vertreter werden gemeinsam mit hochrangigen Gästen aus der Politik über die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit diskutieren. Dabei sollen insbesondere die wirtschaftliche Resilienz, die Bereiche Sicherheit und Verteidigung, Finanzen, Landwirtschaft und Energieversorgung sowie die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine im Mittelpunkt stehen. Bitte merken Sie sich den Termin bereits jetzt vor. Ein Save the Date erhalten Mitglieder des Ost-Ausschusses in Kürze.

Weitere Interessierte können sich an den [Service Desk Ukraine](#) wenden oder zu einem späteren Zeitpunkt die Information auf der Webseite des Ost-Ausschusses unter [Terminen](#) finden.

9. Tipps & Links

Diese BBC-Analyse beschäftigt sich mit der möglichen **Wirkung der neuen US-Ölsanktionen auf Russland**. Ihnen wird neben einer gewissen ökonomischen vor allem eine symbolische Wirkung zugemessen, da es die ersten Russland-Sanktionen sind, die unter der Präsidentschaft Trumps eingeführt wurden. [Why has the US imposed sanctions on Russian oil companies?](#)

In diesem Interview, das das Portal „The Parliament“ mit Kinga Redlowska, Leiterin des Centre for Finance and Security am Royal United Services Institut (RUSI) geführt hat, werden die **Pläne der EU für ein 19. Sanktionspaket** kritisch hinterfragt. Die Gesprächspartnerin, die für einen der ältesten Thinktanks in Großbritannien arbeitet, kritisiert, dass die EU keine innovativen Ansätze gewählt hat. Redlowska fordert von der EU, sich stärker auf das Importverbot russischer Energieträger, die Beschlagnahmung russischer Assets und Sanktionen gegen Drittländer zu fokussieren. [Why Brussels must enforce EU sanctions on Russia, not just announce new ones](#)

Diese **Analyse** auf Tagesschau.de geht der Frage nach, ob man **Russland als Ölexportland** weiter unter Druck setzen könnte, ohne den Weltmarkt zu groß zu belasten. Bis Ende August 2025 kaufte China 47 Prozent der russischen Ölexporte. Indien nahm weitere 38 Prozent der russischen Ölexporte ab, jeweils 6 Prozent flossen in die EU und die Türkei. Ein völliges Verdrängen der russischen Exporte vom Markt würde zu einem deutlich steigenden Ölpreis führen, so die Analyse. Produktionssteigerungen durch die OPEC könnten dies aber dämpfen. „Insgesamt sei die Welt womöglich weniger abhängig von russischem Öl, als es auf den ersten Blick erscheinen mag.“ [Sanktionen: Kompletter Verzicht auf russisches Öl - geht das? | tagesschau.de](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWE-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:0

[BMWE - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMWE - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie

die Güter nummerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

EU-Dokumente zum 19. Sanktionspaket

[Verordnung \(EU\) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2025/2037 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#) (Sanktionierte Personen und Unternehmen)

Sanktionen gegen Belarus vom 23. Oktober 2025:

[Verordnung \(EU\) 2025/2041 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/2039 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen (Stand 16. Oktober 2025)

Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission (europa.eu)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:

List of common high priority items - European Commission

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:

List of economically critical goods - European Commission

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

EUsanctions - Home (integrityline.com)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium (europa.eu)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control (treasury.gov)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakte in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:
[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakte an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

